

Niederschrift

über die Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses der Stadt Eschweiler am 24.04.2008, 17.30 Uhr, im Rathaus, Johannes-Rau-Platz 1, Raum 7.

Anwesend waren

a) Ratsmitglieder

SPD:

Agnes Zollorsch, Stephan Löhmann, Dieter Könnike , Wilhelm Koch, Dieter Weis-
haupt,

CDU:

Regina Faschinger, Othmar Krauthausen, Ralph Willms, Erika Lennartz,

b) Sachkundige Bürger

SPD:

Dieter Monger, Michael Noichl

CDU:

Jacqueline Mertens, Ruth Felber

UWG:

Peter Schubert

Bündnis 90/Die Grünen:

Marlene von Wolff

FDP:

Dorothea Weißels

c) Sachkundige Einwohner:

Peter-Heinz Bauer, Gerd Becker, Monika Leuchter, Wilfried Pinhammer, Anne Kreft

d) Verwaltung

Manfred Knollmann

Winfried Effenberg

Jürgen Rombach

Michaela Zentis – Schriftführerin

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

A 1) Genehmigung einer Niederschrift

A 2) Einführung und Verpflichtung des sachkundigen Bürgers Dieter Monger

A 3) Integrationskonzept Eschweiler
-Handlungsempfehlungen-

A 4) Fortschreibung der kommunalen Pflegeplanung

A 5) Anfragen und Mitteilungen

B Nichtöffentlicher Teil

B 1) Anfragen und Mitteilungen

Sitzung

A Öffentlicher Teil

Frau Zollorsch eröffnet zunächst die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Insbesondere begrüßt sie Herrn Monger und die anwesende Presse. Sie stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zu Punkt A 1 der Tagesordnung

Genehmigung einer Niederschrift

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt A 2 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung des sachkundigen Bürgers Dieter Monger § 67 Abs. 3 i.V.m. § 58 Abs. 2 GO NRW

Durch Frau Zollorsch erfolgt die Einführung und Verpflichtung des sachkundigen Bürgers Dieter Monger.

Die Verpflichtungsformel lautet: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Eschweiler erfüllen werde.“

Zu Punkt A 3 der Tagesordnung

Integrationskonzept Eschweiler

- Handlungsempfehlungen-

Auf Nachfrage der Frau von Wolff zur Reihenfolge der Bearbeitung der Handlungsempfehlungen erklärt Herr Rombach, dass alle in den nächsten zwei Jahren auf den Weg gebracht werden sollen. Diese Handlungsempfehlungen werden in Arbeitsgruppen immer weiter entwickelt. Auch könne das bereitgestellte Budget zunächst nur die Anschubarbeit leisten. Weitere Mittel werden bereits bei möglichen Kostenträgern akquiriert. Herr Löhmann stellt heraus, dass am Konzept bereits 120 Personen aus allen Lebensbereichen mitarbeiten. Er bedankt sich bei den Beteiligten und erklärt weiter, dass dies eine gute Investition in Integration sei und Eschweiler damit eine Beispielfunktion auch für andere Städte in diesem Bereich ausübe.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig nach der Beratung dem Rat, die vorgelegten Handlungsempfehlungen zu beschließen.

Zu Punkt A 4 der Tagesordnung

Fortschreibung der kommunalen Pflegeplanung

Frau Zollorsch entschuldigt zunächst Frau Rüter vom Kreis Aachen, die hierzu weitere Ausführungen geben wollte. Die anfallenden Fragen sollen Frau Rüter schriftlich gestellt werden, damit in der nächsten Sitzung hierauf eingegangen werden kann.

So ergeben sich z. B. Fragen zu speziellen Angeboten für die Betreuung von Demenzkranken, zu Standards für Wohnprojekte. Evtl. besteht für Frau Rüter die Möglichkeit, an der nächsten Sitzung dann doch teilzunehmen.

Im weiteren Verlauf wurde durch Frau von Wolff der Hinweis auf die fehlende Vernetzungsarbeit z.B. durch Veröffentlichungen zur Möglichkeit des aktiven Ehrenamtes für Senioren in Eschweiler gegeben, für die lt. Bericht kein Bedarf besteht. Hierzu wurde von Herrn Effenberg ausgeführt, dass dies das Ergebnis der öffentlichen Ausschreibung sei. Ein Bedarf sei nicht geltend gemacht worden. Es folgte eine rege Diskussion über die in Eschweiler bereits bestehenden Angebote, sich aktiv im Ehrenamt zu betätigen. Hierzu führt Herr Becker aus, dass gerade die Stadt Eschweiler in der Landesseniorenvertretung durch Herrn Backes als senioren gerechte Stadt herausgestellt wurde. Es bleibt aber unbenommen, weitere Senioren an entsprechende Ehrenämter heranzuführen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt A 5 Anfragen und Mitteilungen

Herr Effenberg teilt mit, dass aufgrund des Vertrages mit dem SKF über eine zusätzliche ½ Stelle im ASD dieser Vertrag nun abgeschlossen wurde und damit Zuschüsse für die nächsten 3 Jahre erfolgen werden. Inhalt des Vertrages ist u.a. auch die enge Zusammenarbeit zwischen dem SKF und dem Sozialamt. Es haben bisher auch bereits 2 Gespräche stattgefunden. Da der Haushalt noch nicht genehmigt ist, tritt der SKF bei dieser zusätzlichen Stelle derzeit noch in Vorleistung.

Frau Leuchter, SKF, bedankt sich nochmals bei allen, die diesen Vertrag ermöglicht haben. Sie teilt mit, dass seit ca. ¼ Jahr diese Stelle genutzt wird und bereits jetzt abzusehen ist, dass mehr Fälle eine bessere Bearbeitung unter Zuhilfenahme des bestehenden Netzwerks erfahren können. Es ist weiter die Einrichtung einer dritten Sprechstunde im zweiten Halbjahr angedacht, damit der vorhandene Mehrbedarf abgedeckt werden kann. Einen ausführlichen Bericht oder eine Vorstellung durch die beteiligten Sozialarbeiterinnen könne aber erst zum Jahresende erfolgen. Hierzu erging die Einladung an den Ausschuss, in den Räumen des SKF dies wahrzunehmen. Der Ausschuss stimmt zu und wird daher seine letzte Sitzung im Jahr 2008 in den Räumen des SKF wahrnehmen.

Herr Effenberg stellt den Sachstand zum Ausbau der Terrasse im Seniorenzentrum Marienstraße 7 vor. Da im Jahr 2007 keine Aktivitäten zur Durchführung der Baumaßnahme aufgrund des erst im Dez. 07 rechtskräftigen Haushaltes erfolgten, wurden die Mittel auch im HJ 2008 in den Haushalt eingebracht.

Der Ausschuss möchte, dass die Planung und Gestaltung der Terrasse mit den Plänen zur Umgestaltung der Marienstraße/Moltkestraße verbunden werden.

Frau von Wolff fragt nach, inwieweit in Eschweiler zum Modellprojekt des Bundes „Aktiv im Alter“ eine Umsetzung erfolgt. Hierzu erläutert Herr Effenberg das vorgesehene Projekt. Kurzinformationen sind als Anlage nochmals beigefügt. Der Ausschuss weist darauf hin, zukünftig solche Projekte in einer Vorlage aufzuarbeiten, auch wenn dadurch Fristen versäumt werden sollten.

Herr Löhmann bat darum, für die nächste Sitzung Frau Trienekens einzuladen. Sie soll die Weiterentwicklung des LOS-Projektes, das 2009 ausläuft, aufzuzeigen.

Herr Löhmann bat um kurze Sachstandsmitteilung der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe „Demografischer Wandel“ in der nächsten Sitzung.

Frau Zollorsch teilt mit, dass die nächste Sitzung auf Dienstag, den 19.08.08, verschoben werden soll. Der Ausschuss stimmt dem zu.

Anfragen und Mitteilungen

Modellprojekt „Aktiv im Alter“

Über den Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund erreichte die Stadt Informationen über das Modellprogramm „Aktiv im Alter“. Dieses Programm wurde angesichts der demographischen Entwicklung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ins Leben gerufen.

Gemeinsam mit den Bundesländern, den Kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene sowie den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege und den Seniorenorganisationen soll der Prozess der Leitbildentwicklung des Aktiven Alters in den Kommunen vorangetrieben werden und eine „soziale Bewegung“ für eine aktive Rolle älterer Menschen in der Gesellschaft in Gang gesetzt werden.

Am 02. April 2008 erfolgte der Startschuss zum Modellprogramm, wobei sich in 2 Staffeln insgesamt 150 Kommunen bewerben können, eigene Umsetzungsstrategien für das Aktive Alter zu erproben und auf der Grundlage eines Memorandums umzusetzen.

Insgesamt können die teilnehmenden Kommunen eine einmalige Anschubfinanzierung von 10.000 € erhalten. Die erste Bewerbungswelle endet am 30.06.2008.

Im Ergebnis zielt das Programm auf bürgerschaftliches Engagement, sprich: freiwilliges Engagement älterer Menschen. Die Kommunen sollen die Moderatoren- und Netzwerkfunktion der Bürgerbeteiligung vor Ort sein.

Voraussetzungen:

Die teilnehmenden Kommunen müssen zunächst die kommunale Bedarfslage ermitteln. Welche kommunalen Angebote, Einrichtungen und Dienstleistungen bestehen, welche Bedarfe sind bisher nicht abgedeckt.

Auf der Grundlage dieser Bedarfsermittlung sollen Bürgerforen unter dem Motto „Wir wollen morgen leben“ durchgeführt werden, als deren Ergebnis ältere Menschen gemeinsam mit anderen Akteuren wie Kirchen, Wohlfahrtsverbänden etc. beraten, in welcher Form die kommunalen Bedarfslagen aufgegriffen werden können und welche Rolle ältere Menschen hierbei übernehmen.

Priorität haben Projekte, die ältere Menschen selbst entwickeln und durchführen (als Beispiele sind genannt: Nachbarschaftsnetze, Treffpunkte älterer Menschen).

Die Umsetzung können Kommunen selbst in die Hand nehmen oder an gemeinnützige Stellen wie Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen oder sonstige Stellen im bürgerschaftlichen Engagement delegieren. Die vorgeschriebenen Leitideen des Memorandums müssen berücksichtigt werden.

Zu den Modalitäten:

Projektbeginn ist der 01.10.2008 – Laufzeitende ist der 31.12.2009. Bis 01.01.2009 muss mindestens 1 lokales Bürgerforum durchgeführt worden und zum 15.01.2009 die Bedarfsermittlung gemeldet sein.

Im Zeitraum April/Mai 2009 muss mindestens 1 programmspezifischer Aktionstag vor Ort (Mitmachtag) durchgeführt werden.

Nicht zuwendungsfähig sind

1. Raum- und Mietnebenkosten
2. Personalausgaben für hauptamtlich Beschäftigte
3. Anschaffungen
4. kalkulatorische Kosten.

Wie immer dies bei einem Zuschuss ist: es handelt sich eben um einen Zuschuss – d.h., eigene Leistungen (und dies als freiwillige Leistungen) müssen zwangsläufig erbracht werden.

Die Stadt Eschweiler ist mit den Angeboten für Senioren wegweisend und vorzeigehaft im Kreis Aachen und darüber hinaus. Nicht zuletzt in der Landesseniorenkonferenz am 23.04.2008 wurde dies ausdrücklich hervorgehoben. Neben städtischen Einrichtungen halten Kirchen und Verbände in großer Zahl Altentagesstätten und in diesen Angebote für Seniorinnen und Senioren vor. Auch das ehrenamtliche Engagement der älteren Menschen in unserer Stadt ist hier beispielhaft – ohne sie würden die für Seniorinnen und Senioren bereitgehaltenen Einrichtungen und Angebote ohnehin nicht funktionieren können. Ich nenne hier als weitere Paradebeispiele die Nachbarschaftshilfe, die Hospizbewegung, die Krankenbesuchsdienste, die Lesepatenschaften bei der Volkshochschule, die Ordnungsdienstpatenschaften und die jüngst aufgerufene Initiative der Spielplatzpatenschaften.

Ich frage mich ernsthaft: Hat man auf Bundes- oder Landesebene erst jetzt die Seniorinnen und Senioren entdeckt und setzt auf deren freiwilliges Engagement – Eschweiler tut dies seit mehr als 30 Jahren mit gutem Erfolg.

Es ist liest sich toll, wenn Bundes- oder Landespolitik immer wieder neue Projekte ins Leben rufen, Akteure (wie jetzt mit diesem neuen Programm) mit bundesweit 1.5 Mio. Euro bezuschussen, wobei durch die Handlungsempfehlungen die Bezuschussungsregelungen so begrenzt sind, dass eigene Aufwendungen unausweichlich sind und andererseits die unteren staatlichen Verwaltungsebenen bei immer knapper werdendem Personal neben den Pflichtaufgaben diese freiwilligen Aufgaben auch noch stemmen sollen.

Vor dem Hintergrund der kommunalen Haushaltslage und dem bisher in Eschweiler Erreichten stimme ich der Einschätzung der Seniorenbetreuerin zu: Man muss nicht zwanghaft auf jedes veröffentliche Projekt aufspringen. Freiwilliges Engagement der Seniorinnen und Senioren ist sinnvoll, lobenswert und zu unterstützen. Ob hierfür ein vom Bund reglementiertes Projekt notwendig ist, wagen wir zu bezweifeln.

Sollte allerdings der politische Wille in Eschweiler anders ein, so weise ich schon jetzt darauf hin, dass dies unausweichlich die Frage nach zusätzlichen freiwilligen Ausgaben und zusätzlichem Personal zur Konsequenz hat.